

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Teilung Lichtenrades verhindern – Senat muss sich dringend für die Tunnellösung für die Dresdner Bahn einsetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Deutschen Bahn AG und dem Bundesverkehrsministerium klar und unmissverständlich für eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn in Lichtenrade einzusetzen. Erforderlich ist ein öffentliches Bekenntnis mit der verbindlichen Zusage, dass Berlin sich an den Mehrkosten der Tunnellösung finanziell beteiligt und trotz der Verzögerungen, die sich aus der teilweise erforderlichen Neuplanung ergeben, den Tunnel will.

Begründung:

Seit über 18 Jahren kämpfen die Menschen in Lichtenrade dafür, dass ihr Ortsteil nicht durch die geplante ebenerdige Trassenführung der sog. Dresdner Bahn in zwei Teile gespalten wird. Die Bürgerinitiative Dresdner Bahn e.V. setzt sich an der Seite der Lichtenraderinnen und Lichtenrader stattdessen mit Nachdruck dafür ein, dass die Dresdner Bahn im Tunnel geführt wird. Denn für die über 50 000 Menschen in Lichtenrade würde eine ebenerdige Trassenführung bedeuten:

- meterhohe Schallschutzwände spalten den Ortsteil in zwei Teile,
- Lärm und Erschütterungen beeinträchtigen die Lebensqualität nachhaltig,
- die Bahnhofstraße als Lebensader Lichtenrades wird zur Durchgangsstraße und erleidet einen Verkehrskollaps – der dortige Einzelhandel wird existentiell gefährdet,

- die bisherige Ringbuslinie muss eingestellt werden – viele ältere Menschen sind in ihrer Mobilität erheblich eingeschränkt.

Bei der ebenerdigen Trassenführung müsste für die Bahnhofstraße eine Unterführung gebaut werden. Die Unterführung wird eine erhebliche Steigung des Straßenverlaufes erforderlich machen, was die Querung für Radfahrer und ältere Bürger erschwert. Zudem besteht die Gefahr, dass bei starken Regenfällen die Unterführung durch Regenwasser blockiert wird. Da weitere, bisher bestehende Querungsmöglichkeiten geschlossen werden sollen, wird sich das Verkehrsaufkommen in der (Unterführung) der Bahnhofstrasse und den zuführenden Nebenstraßen insgesamt erhöhen.

Aufgrund der jahrelangen Bauzeit wäre die Bahnhofstraße über Jahre nicht befahrbar, der Verkehr müsste auf die umliegenden Anliegerstraßen verteilt werden. Für die Anwohner stellt dies eine massive Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität dar, die wirtschaftliche Existenz der Einzelhändler und Gastronomen in der Bahnhofstraße wäre akut gefährdet.

Vor dem Hintergrund dieser gravierenden Nachteile einer ebenerdigen Trassenführung der Dresdner Bahn durch Lichtenrade war bereits im rot-schwarzen Koalitionsvertrag auf Drängen der CDU festgeschrieben, dass das Land Berlin sich für eine Tunnellösung einsetzt und auch bereit ist, sich an den Mehrkosten zu beteiligen:

„Das Land Berlin setzt sich beim Bund für eine Tunnelführung der Dresdner Bahn im Bereich Lichtenrade ein, unter Berücksichtigung des entsprechenden Landesanteils.“

Angesichts des im Juni bevorstehenden Urteils des Bundesverwaltungsgerichts bzgl. der Klage von Anwohnern gegen das Planfeststellungsverfahren ist es dringend erforderlich, dass sich der rot-rot-grüne Senat mit entsprechenden Verpflichtungserklärungen gegenüber den Vertragspartnern eindeutig auf die Seite der betroffenen 50 000 Menschen Lichtenrades stellt.

Berlin, den 04. Mai 2017

Graf Friederici Bentele
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU